

Die Klaviatur der Eskalation

Nordkoreanische Nuklearmacht so nah wie nie

von Dr. Sebastian Harnisch*

Mit der Ankündigung, das 1953 geschlossene Waffenstillstandsabkommen aufzukündigen, wenn die USA eine militärisch-gestützte Sanktionspolitik im UN-Sicherheitsrat einleiten würden, hat die nordkoreanische Führung erneut in die Klaviatur der Eskalation gegriffen. Wenn die Vereinbarung fallen sollte, dann könnten militärische Zwischenfälle, wie es sie an der Demilitarisierten Zone häufig gibt, sehr viel leichter in eine ernsthafte militärische Auseinandersetzung eskalieren.

Dass die Bush-Regierung letztlich zu Sanktionen greifen wird, kann als sicher gelten, denn die Auseinandersetzung innerhalb der Administration zwischen Falken, die eine Bestrafung Nordkoreas und sogar einen Regimewechsel anstreben, und Tauben, die auf eine diplomatische Lösung setzen, sorgt weiterhin für eine Blockade ernsthafter Verhandlungen mit Pjöngjang. Bevor es zu Sanktionen kommt, wird Washington aller-

dings im Sicherheitsrat auf Maßnahmen drängen.

Zunächst einmal geht es der US-Regierung darum, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, sowie den Handel mit Drogen und Falschgeld durch Nordkorea rechtlich weiter einzuschränken. Bisher ist der Export von Raketen durch den Norden völlig legal, auch wenn er zur Destabilisierung vieler Konfliktregionen, Indien-Pakistan, Iran, Syrien, Libyen, beiträgt. Parallel wird die USA auf die Mandatierung weiterer bi- und multilateraler Gesprächsinitiativen setzen, um einerseits den innenpolitischen Druck während der Irak-Krise abzumildern und andererseits regionale Akteure wie die Volksrepublik China stärker einzubinden.

Der kurzfristig anberaumte Besuch von Außenminister Colin Powell in diesen Tagen in der Region dient deshalb auch diesem Ziel. Erst wenn diese Bemühungen gescheitert sind, kann Washington hoffen, dass seine Verbündeten in der Region, Südkorea und Japan eine Sanktionspolitik mittragen. So hat der neue südkoreanische Staatspräsident Roh Moo Hyun bereits vor seinem Amtsantritt in der nächsten Woche ernsthafte Bedenken gegen Sanktionen angemeldet und für eine Fortführung der Son-

nenscheinpolitik seines Vorgängers plädiert.

Die von Washington bereits im Dezember vergangenen Jahres konzipierte Politik „maßgeschneiderter Sanktionen“ hat wenig Chancen auf Erfolg. Nordkorea ist wirtschaftlich betrachtet weitgehend autark, die Nahrungsmittelhilfe, insbesondere aus China, wird aus ethischen Gründen kaum gänzlich eingestellt werden. Gezielte Sanktionen können und werden das totalitäre Regime in Pjöngjang nicht davon abhalten, die vorhandenen 8 000 Brennstäbe wieder aufzubereiten und dadurch innerhalb weniger Monate in den Besitz von fünf bis sechs Nuklearsprengköpfen zusätzlich zu den Pjöngjang von Washington schon länger zugeschriebenen ein bis zwei Köpfen zu gelangen.

Weil die Bush-Regierung Nordkorea im Frühjahr 2002 in ihre nukleare Zielplanung einbezogen hat und in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie vom September auch Präventivschläge gegen die Achsenstaaten des Bösen erwägt, fühlt sich das Regime zunehmend militärisch bedroht. Eine Verlegung von zusätzlichen US-Truppen auf oder um die koreanische Halbinsel, wie Anfang Februar geschehen, zieht deshalb eine unmittelbare und fast panisch anmutende rhetorische Eskalation Pjöngjangs nach sich.

Die vom Pentagon geplante militärische Unterbindung von Waffenexporten, wie sie bereits bei der Aufbringung des nordkoreanischen Frachters Sosan vor der jemenitischen Küste geprobt wurde, ist deshalb sehr prekär. Hinzu kommt, dass eine einwandfreie Identifizierung solcher Exporte schwierig ist. Das Regime wird versuchen diese wichtigste Deviseneinnahmequelle zu schützen. Bereits in der Vergangenheit sind nordkoreanische Raketenbauteile deshalb in pakistanischen Regierungsmaschinen transportiert worden. Washington wird kaum bereit sein, beispielsweise eine iranische Regierungsmaschine abzuschließen; wenn diese dem Drängen von US-Kampfflugzeugen auf eine Landung in einem befreundeten Staat nicht nachgibt.

Die USA und die internationale Staatengemeinschaft insgesamt werden deshalb nach einer weiteren Eskalation der Situation einlenken müssen. Die Alternativen, ein militärisches Vorgehen oder ein Gewährlassen, sind letztlich nicht gangbar. Die Risiken der bisherigen Verschleppungspolitik steigen spürbar. Nie war die Welt einer nordkoreanischen Nuklearmacht mit einem militärisch signifikanten Atomwaffenpotenzial, welches auch exportierbar ist, so nahe wie heute. Das sich abzeichnende militärische Vorgehen gegen den Irak wird diesen Trend noch

verstärken, weil das Kim-Regime in seiner Vermutung gestärkt wird, nur der Besitz und die Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen könne die USA von einer Politik des militärisch erzwungenen Regimewechsels abhalten.

Der Fall Nordkorea könnte auch die Anreize für weitere Staaten, die Entwicklung von Nuklearwaffen voranzutreiben, erheblich erhöhen. Neben der unmittelbaren Wirkung auf den Iran, Syrien und Libyen könnten sich andere Staaten als Reaktion auf deren Nuklearprogramme im Umkreis Europas für die Entwicklung von Kernwaffen entscheiden. Die Europäische Union muss deshalb, neben den Bemühungen um die friedliche vollständige Entwaffnung des Iraks von Massenvernichtungswaffen, auch ihre Diplomatie auf der koreanischen Halbinsel intensivieren, um einer Destabilisierung Nordostasiens, des internationalen Regimes gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und damit auch seines eigenen regionalen Umfeldes zuvor zu kommen.

Der Autor von der Universität Trier arbeitet seit 10 Jahren über die koreanische Halbinsel und hat zwei Bücher zum Thema verfasst. Das letzte zusammen mit Prof. Hanns W. Maull über Kernwaffen in Nordkorea, Bonn 2000.